



AUFGEFALLEN

Von **Klaus-Dieter Pfaff**

Telefon: 0 42 98/27 04 90 05

E-Mail: klaus-dieter.pfaff@bttag.info

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Das sagte einst nicht nur Lenin – diese Meinung vertreten längst auch diverse Bürger im Bund, die „denen da oben“ einfach keinen Glauben schenken mögen. Sie fürchten, von der Politik über den Tisch gezogen zu werden. Das gilt für den Bund ebenso wie für das Land und die Kommunen. Auch einige Lilienthalerinnen und Lilienthaler gehen inzwischen auf Distanz zu ihrem Rathaus. Sie hegen ein deutliches Misstrauen, das sich ganz besonders auf die örtliche Gemeindeverwaltung und ihren Chef bezieht. Dabei geht's ihnen ganz besonders um das ungeliebte Großprojekt, für das sie sich nun absolut nicht begeistern können: die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 von Borgfeld bis zum Falkenberger Kreuz.

Dieses wurde in der Vergangenheit immer wieder deutlich. Unter anderem in der vergangenen Woche, als es im Lilienthaler Haushalts- und Finanzausschuss wieder einmal um die Investitionskosten für die Linie 4 und den erforderlichen Anteil der Kommune daran ging. Obwohl an diesem Abend keinerlei Entscheidungen zu erwarten waren, waren einige Zuhörer ziemlich schnell ziemlich geladen. Im Kreuzfeuer der Kritik befand sich wieder Mal der Bürgermeister, der von einer Zuhörerin in unqualifizierter Weise mehrfach als Lügner beschimpft wurde. Übrigens nicht zum ersten Mal – auch bei anderen Gelegenheiten musste sich Willy Hollatz bereits so einiges gefallen lassen.

Ich denke, dass solche persönlichen Beleidigungen weder etwas in einer Ausschuss- noch in einer Ratssitzung zu suchen haben. Das hat zumindest mit der Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte und mit Basisdemokratie wahrlich nichts zu tun.

Natürlich muss ein gewählter Bürgermeister auch massive Kritik aushalten – selbst wenn diese dann und wann einmal etwas heftiger ausfällt. Doch solch massive und unqualifizierte Angriffe auf die Person sollte es nicht geben. Diese haben auch mit einer gesunden und für die Demokratie wichtigen Streitkultur nichts gemein. Wenn ein Bürgermeister gravierende Fehler macht, wenn er die Öffentlichkeit wesentlich falsch oder völlig unzureichend informiert oder er gar ganz persönliche Vorteile aus der einen oder anderen Entscheidung zieht, gibt es die Möglichkeit einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Diese hat in aller Regel – und das gilt für alle Beteiligten – eine aufklärende Wirkung. Ich denke aber, dass der Bürgermeister hier sehr verantwortungsbewusst und entsprechend des gültigen Ratsbeschlusses gehandelt hat. Dass das Projekt nun teurer als ursprünglich geplant werden soll, ist nicht ihm anzulasten. Das hängt mit der erheblichen Verzögerung der gesamten Straßenbahnplanung zusammen.

Vermutlich dürften auch am kommenden Dienstag die Emotionen im Ratssaal wieder hohe Welle schlagen, denn auch an diesem Abend geht es um den schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Lilienthal. Und diesmal dürfte auch die politische Debatte eine andere sein. Der Gemeinderat wird in seiner Mehrheit Farbe bekennen müssen. Er wird entweder die Signale für die Straßenbahnplanung weiter auf „freie Fahrt“ stellen oder aber sich von dem Projekt verabschieden müssen.

Entscheidend dafür dürfte die finanzielle Belastung der finanzschwachen Gemeinde sein, die sich bei einer Realisierung unterm Strich ergeben wird. Der Bund und das Land müssten sich anteilig stärker einbringen, denn die Kommune kann die Mehrbelastung vermutlich kaum aufbringen. Vielleicht werden ja bis zum Dienstag die vom Bürgermeister bereits wahrgenommenen Signale etwas konkreter. Die beteiligten Geldgeber, die sich nun schon seit Jahren in Sachen Linie 4 en-

gagieren, sollten baldigst sagen, was Sache ist. Schließlich steht hier für Lilienthal und seine Bürger einiges auf dem Spiel, das nun endlich geklärt werden muss. Die Zeit drängt. Und der ÖPNV ist nun mal ein ganz entscheidender Ansiedlungsfaktor, der für die künftige Entwicklung der Gemeinde eine wichtige Rolle spielt.

Die optimale Anbindung an das Oberzentrum Bremen dürfte besonders auch für die Pendler ein wichtiges Kriterium sein. Vielleicht sollten sich auch die Entscheidungsträger einmal in diese Rolle hineinversetzen. Denn: Wer über eine solche Dienstleistung letztendlich entscheidet, sollte auch wissen, um was es dabei für die Nutzer tatsächlich geht: morgens und abends, im Winter wie im Sommer.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass man sich nun in einer möglichst sachlichen Form mit diesem Vorhaben und seinen Problemen auseinandersetzt. Das gilt für den Dienstagabend und darüber hinaus. Notfalls sollte die Politik überlegen, ob sie vor einem endgültigen Aus vielleicht doch noch einmal die Bürgerinnen und Bürger um ihr Votum bittet.

Das hat nichts mit Kompetenzverschiebung oder politischem Unvermögen zu tun – das ist vielmehr ein Stück lebendige Demokratie. Die vielen Menschen in der Gemeinde, die sich in den vergangenen Monaten mit einer Wertung ganz bewusst oder unbewusst zurückgehalten haben, und das sind wohl mit Abstand die Meisten, könnten so deutlich machen, was ihnen eine solche Verkehrsanbindung tatsächlich wert ist. Schließlich wurde auch der Grundsatzbeschluss, die über Nacht gestoppte Planung der Linie 4 wieder aufzunehmen, auf der Basis einer Bürgerbefragung gefasst.

Es muss jedenfalls endlich ein Weg eingeschlagen werden, der möglichst objektiv und transparent aufzeigt, was möglich ist und was nicht. Vermutlich dürfte sich dann auch das Klima deutlich verbessern. Wie heißt es doch bei Nestroy: „Zuviel Vertrauen ist häufig eine Dummheit, zu viel Misstrauen ist immer ein Unglück.“